

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Inserate pro 6gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg.

Reklamenzeile 80 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. L. e. m. b.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13

Redaktionschluss: Fernsprecher

10 Uhr vormittags. Nr. 30

Postfachkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. L. e. m. b. in Braubach.

Gratisbeilagen

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Bezugspreis

monatlich 1,25 Mark,

durch die Post bezogen vierteljährlich 3,75 Mark,

von derselben frei ins Haus geliefert 4,17 M.

Nr. 11

Braubach a. Rhein, Mittwoch, den 14. Januar 1920.

30. Jahrgang.

Eine Wahlsparole.

In denselben Tagen, an dem in Versailles die letzten Unterabhandlungen unter dem Friedensvertrag geföhrt wurden, mußte dessen eigentlicher Vater und Hauptplaner, ja man kann, was den darin mit einbezogenen Völkern betrifft, sogar sagen: dessen Erfinder sich dazu entschließen, in einer Botschaft an den demokratischen Nationalkongress die ganze Friedensfrage als Hauptparole für die kommenden Wahlen in Vorschlag zu bringen. Er steht darin den einzigen Weg zur Feststellung der Ansichten des amerikanischen Volkes über das Abkommen. Die Vorbehalte des Senats, soweit über sie bisher überhaupt endgültig entschieden wurde, will er bewilligen, falls sie nur den Standpunkt der Vereinigten Staaten und die Auslegung, welche Amerika den umstrittenen Punkten geben möchte, bezeichnen sollen. Eine Abänderung des Vertrages könnten die Amerikaner jedoch nicht beschließen, seine ursprüngliche Bedeutung abzuweichen liege nicht in ihrer Macht. Die übrige Welt habe unterschrieben: beharre der Kongress dabei, jetzt noch Änderungen des Vertrages durchzuführen, so bedeute das nichts anderes als ein neues Sonderabkommen mit Deutschland, was der Präsident als eine unsäglich Aufgabe hinstellt. Falls die Vereinigten Staaten außerhalb des Völkerbundes blieben, werde auf neue ein Versuch unternommen werden, die kleinen Nationen Europas zu zerschmettern. Von wem ein solcher Versuch jetzt noch, nach der Vernichtung der drei großen europäischen Kaiserreiche, ausgehen könnte, darüber schweigt des Sängers Stille: wenn Herr Wilson der christliche Mann wäre, als der er außerhalb der Vereinigten Staaten leider Gottes viel zu lange gegolten hat, dann müßte er wahrheitsgemäß hinzufügen, daß höchstens die neuen kleinen Staaten Europas sich gegenseitig aufessen könnten. Über sollte er etwa daran gedacht haben, daß ihnen von englischer oder französischer Seite der Gefahr drohen könnte? Auf so lächerlichen Gedanken wird doch ein braver „Affigierter“, selbst wenn er hinter diese Eigenschaft bereits ein a. D. hat, setzen lassen, nicht gut kommen dürfen. Also wird es dem armen Präsidenten wohl nur um ein höchsten Stimmenfang zu tun gewesen sein.

Es scheint aber, als wenn auch dieser Prophet im eigenen Lande nichts mehr gelten soll. Sein früherer Staatssekretär und Parteigenosse Bryan trat der von Wilson empfohlenen Wahlsparole auf dem Bankett des demokratischen Nationalkongresses sofort entgegen. Nach seiner Meinung müsse die Partei die zur Sicherung der Ratifikation des Friedensvertrages notwendigen Ausgleichs annehmen. Selbst wenn aber der Rat des Präsidenten von seiner Gefolgschaft befolgt wird, so stehen wir hier vor dem Zusammenbruch einer Politik, wie er sich dem schmachvollen Ausgang der ganzen Friedensarbeit des ehemaligen deutschen Kaisers nur würdig an die Seite stellen kann. Hier, bei uns, war es ein „autokratistisches“, „absolutistisches“ System, das persönliche

Regiment, vor dem jedermann heutzutage sich beugt, obwohl es in früheren Zeiten doch auch schon bessere Früchte gezeitigt hat. Dort, bei Herrn Wilson, war es der Ausfluß höchster, mit allen Weihen der vollendeten Demokratie geschnittenen Staatskunst, durch den die Welt für Zeit und Ewigkeit von ihren eienenden Gebrechen kuriert werden sollte. Beide Methoden sind gescheitert. Woraus folgt, daß es nicht die politischen Formen sind, unter denen die Völkern unserer Tage getrieben wird, auf die es ankommt. Der richtige Geist muß es wohl sein, der im Völkern eben so entscheidet wie im Leben des einzelnen. Herr Wilson hat sich, was das Wollen und Denken seines Volkes betrifft, einer falschen Einschätzung schuldig gemacht, hat geglaubt, daß die künstlich entfaltete Suggestion gegen Deutschland als den leidhaftigen Gottselbst unter den Nationen den Krieg überdauern werde, daß die Amerikaner es sich zur Ehre anrechnen würden, stets und überall den Schiedsrichter zu spielen. Darin hat er sich gründlich geirrt, und die Folgen dieses Irrtums wird er nicht von sich und seinem Wert abwenden vermögen.

Inzwischen sind Clemenceau und Lloyd George als erste Sieger auf der Weltkarte geblieben. Sie werden unbekümmert um die Vereinigten Staaten fortfahren, die Früchte des Versalles-Vertrages einzuharsten. Die Völkernschaft des Herrn Wilson wird sie dabei nicht im mindesten genieren.

Leben und Wiken.

— Prüfung des Friedmannschen Tuberkulose-Heilmittels. Die preussische Staatsregierung hat dem Professor Dr. Friedmann ein Berliner Laboratorium zur Verfügung gestellt, um die Tuberkulose zur Verfügung zu stellen und einen aus namhaften Klinikern, Bakteriologen, Anatomen und Veterinärärzten bestehenden Ausschuss mit der Prüfung des von Friedmann empfohlenen Schutz- und Heilmittels gegen die Tuberkulose betraut.

— Pflege der plattdeutschen Sprache. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat einen Erlaß zur Pflege der plattdeutschen Sprache ausgegeben. Er bestimmt darin, daß in den Lehrerbildungsanstalten der niederdeutschen Sprachgebiete das Plattdeutsche besonders Beachtung zu scheuen ist und daß die Seminaristen in der plattdeutschen Schriftsprache unterrichtet und zur praktischen Verwendung der Mundart im Unterricht angelernt sind.

— Die letzte Enkelin Wilhelms I. Dumboldts gestorben. Auf Schloss Lietz bei Berlin starb im Alter von 88 Jahren Frau Konstanze von Dombold, geb. von Bülow, die letzte Enkelin Wilhelms von Dumboldts. An ihr Veranlassung gab ihr Tochter, Frau Anna von Bülow, den Briefwechsel Dumboldts mit seiner Gattin.

Lille — vergewaltigt?

Das amtliche deutsche Aktienmaterial.

Die von der Reichsregierung bereits länger angefertigte Herausgabe des amtlichen Materials über die angebliche Vergewaltigung Lilles durch die Besatzungsstruppen ist nun erfolgt. Beim Lesen des sehr umfangreichen Materials fällt besonders auf, daß in Wirklichkeit die Einwohner von Lille gar nicht so sehr unter der Hunnen-Herrschaft gelitten haben, wenigstens nicht mehr, als es eben das „eiserne Maß“ des Krieges mit sich brachte. Die Denkschrift bringt denn auch zahlreiche Dankschreiben und Anerkennungen, die das tatsächlich erhärten. In schroffem Gegensatz dazu stehen die Aussagen derselben Franzosen, die sie heute machen. An ihrer Spitze marschieren

Der Bischof von Lille.

Erst tröstet er förmlich über vor Dank und Ehrerbietung, erst spricht er den Deutschen in überhöflichen Worten seinen Dank für ihren stets geübten Gehorsam aus, um dann, nach ihrem Abzug, sich in das Gegenteil zu verkehren. So bezeichnet er 1919 die deutsche Herrschaft als „eine Regierung der Räuber“, der Hungersnot, der unaufrichtigen Verdrückungen und der fortgesetzt schamlos organisierten Verbrechen“. Während der Besetzung schickte der Bischof auch dem ersten Adjutanten der Kommandantur seine Photographie als „Ausdruck seiner Hochachtung“. Nun pflegt man aber doch „Räubern und Verbrechern“ nicht gerade sein Bild zu schenken!

Ein einziges Todesurteil.

Nach französischen Mitteilungen müssen die Kriegsgerichte der Deutschen in Lille übel gehaßt haben, und Tausende müssen auf dem Hofe der Zitadelle unter den Geschossen der Hunnen und Denker ihr Leben ausgehaucht haben! Was enthält dagegen die deutsche Denkschrift? Ein einziges Todesurteil ist während der deutschen Herrschaft ausgesprochen und ausgeführt worden! Gewiß ein Beweis, mit welcher Milde in Lille regiert wurde! Ein Weinbändler Jaquet hatte in Gemeinschaft mit drei anderen Wiken einen englischen Flieger geborgen und ihm zur Flucht geholfen, so daß er wieder zur feindlichen Armee gelangen konnte. Außerdem haben Jaquet und Genossen über 200 französische Soldaten, die sich in Lille versteckt hielten, Hilfe und Unterstützung gewährt. Einem Teil der Soldaten haben sie zur Flucht verholfen und waren somit als Spione anzusehen. Ein andermal wurde ein Schuhmacher Jacoby zum Tode verurteilt, weil er die Arbeiter, die für die deutsche Behörde arbeiten wollten, mit einer Waffe bedroht und versucht hatte, sie in der Fortführung der Arbeiten zu hindern. Die Todesstrafe wurde im Begnadigungswege in eine fünfjährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

Die Denkschrift beantwortet denn auch die Frage: „Lille vergewaltigt?“ in einer für die deutschen Truppen in jeder Beziehung günstigen Weise.

Der Triumph des Lebens.

Roman von Pola Stein.

(Nachdruck verboten)

„Und war das nicht mehr“, tausendmal mehr als nur ihre andere Schönheit, als nur die Harmonie ihres Lebens? War nicht ihre Aufopferung da während der Krankheit seiner Frau, ihre stets wache und bereite Sorge für ihn und sein Kind? Ja, das alles war nicht aus der Welt zu schaffen!

Nein, sie war keine herzlose Kokette, hier lag mehr und tieferes angründe, als man wußte und ahnen konnte.

Er vergaß nicht sein Hirn in diesen Wochen, bis ihn dann nach einem Monat Irene's Brief erreichte. Er kam aus dem Süden, war auf ihrer Hochzeitsreise geschrieben. Sie bat ihn, ihr ihre Flucht aus seinem Hause zu verzeihen, aus Gründen, über die sie nicht sprechen konnte, da sie sie nicht allein beträfen, hätte sie so eilig fort müssen, ihn nicht wiedersehen können. Jetzt sei sie Helmut Körners Frau, sie seien auf einer großen Reise begriffen, wo sie ihren weiteren Wohnsitz nehmen würden, sei noch unbestimmt, jedenfalls nicht in Berlin.

Der Brief berührte Horst Volkmer, als habe eine Fremde ihn geschrieben. Das war Irene nicht mehr, nicht die Irene, die er gekannt.

Ihre Briefe brachten keine Aufklärung und keine Verwundung, sie gaben nur neue Rätsel auf.

Horst Volkmer konnte sich nicht abfinden mit dem, was geschehen war. Er konnte nichts anderes denken als dies eine. Er fand keine Ruhe zur Arbeit, er wurde nervös, zerfahren, krankhaft erregt.

In dieser Zeit ergrante sein Vater.

Oft hatte er Tage und Nächte, in denen er sich mit Vorwürfen überhäufte, zu lange gekümmert, sich sein Glück nicht gesichert zu haben. Warum auch hatte er geschwiegen, die ganzen Monate geschwiegen? Wenn er vor der Welt und vor seinem Kinde auch gewisse Rücksichten nehmen wollte, mit Irene hätte er doch sprechen

sich ihres Gefühls vernachlässigen, sich sein Glück fesseln können. Ihres Gefühls vernachlässigen? Er hatte geglaubt, daß dies alles nicht nötig sei, denn ihm war ihre Liebe für ihn über jeden Zweifel erhaben erschienen.

Er lagte sich an, er nannte sich töricht und feig und dumm. Dann aber wieder verwarf er seine Reue. Irene, wie sie sich jetzt gezeigt, herlos und kalt und spielerisch, war das Mädchen ja nicht, das er geliebt! Ein Idealbild von ihr hatte er sich aufgebaut in seinem Verstand, nun hatte sie es zertrümmert. Nun hatte sie lachend die Maske von ihren Augen gerissen, die sie so lange getragen, nun hatte sie ihr wahres Selbst gezeigt. Diese Frau, die ihm Gefühle vorgetäuscht durch ihr ganzes Leben und die dann von ihm in Helmut Körners Arme geeilt war, diese Frau wollte er nicht! Mit ihr wäre er niemals glücklich geworden.

Aber war sie denn so? War sie nicht doch das Weib voller Herz und Seele, voller Anmut und Geist und Gefühl? Und schwebten hier nicht Geheimnisse über ihrem Leben, die ihm zu erforschen nicht bestimmt waren?

Doktor Horst Volkmer lieberte Walters Rückkehr nach Berlin entgegen. Da wurde ihm eines Tages, als er in der Charité nach ihm fragte, gesagt, daß Doktor Walter Runge sich um den Posten eines Arztes bei der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika beworben, denselben erhalten und gleich nach beendeten Urlaub angetreten habe. Er war nicht wieder nach Berlin zurückgekehrt, trieb jetzt auf hoher See seinem neuen Leben zu.

Diese Nachricht gab Horst Volkmer den Rest. Nun würde er nie das Rätsel erforschen und nie erfahren, warum Irene ihn verlassen, warum sie die Frau Helmut Körners geworden war.

Die Erschütterungen der letzten Zeit warfen den starken Mann zu Boden. Ein schweres Nervenfieber fesselte ihn wochenlang ans Bett.

Als er die Gesundheit wiedererlangte, hatte er den Glauben an die Menschen verloren.

Horst Volkmer hatte die Landshuter Straße erreicht, in der er noch immer wohnte. Die Gegend hier draußen hatte sich in den letzten Jahren verändert, überall waren neue Straßen entstanden, die Hochbahn und ein Auto-Omnibus fuhren vom Bayerischen Platz in die Stadt.

Still wie immer jetzt lagen die Räume seiner Wohnung. Früher war ihm Irene entgegengekommen, wenn sie seinen Schritt gehört, später die Mutter, jetzt kam keiner mehr. Seit einem Jahre war auch die Mutter tot, und ihr Verlust war es, der Horst nach langem inneren Widerstreben bestimmt hatte, sich wieder der Gesellschaft anzuschließen, nicht Frau Karlas Einfluß, wie diese wähnte. Daß Karla die erste Frau gewesen, die ihm nach langen Jahren wieder ein etwas lebhafteres Interesse abgewann, das gestand er sich selbst ein. Und in letzter Zeit hatte er zuweilen den Gedanken in Erwägung gezogen, sie heimzuführen als sein Weib.

Sein Gefühl für die junge blonde Witwe war keine Liebe, weitab lag sein Interesse von diesem heiligen Empfinden, aber Horst Volkmer wußte genau, er würde nie wieder lieben können. Einmal hatte sein Herz geliebt, seine Seele gelodert in einem tiefen, heiligen, alles ausfüllenden Gefühl, das Weib, dem es galt, hatte sich von ihm gewandt, einem anderen Manne zu. Solche Empfindungen kommen nur einmal im Leben, solche Enttäuschungen verwindet man nicht, das wußte der einsame Mann.

Er hatte überhaupt nicht wieder beiraten wollen, aber in den letzten Jahren hatte die Mutter ihm so sehr dazu geraten. „Tue es Mchens wegen, mein Junge, und tue es auch für dich. Du sollst leben, wenn eine junge Frau im Hause ist, dann wird auch bei dir das Interesse am Leben und an den Freuden des Daseins wieder größer werden.“

Vielleicht hatte sie recht. Aber so lange sie lebte, hatte er jeden Gedanken an eine zweite Ehe doch weit von sich gewiesen. Nun war sie tot, sein Hauswesen wieder wie einst, fremden, bezahlten Leuten überlassen, die ihn ausnützten.

Fortsetzung folgt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung plant die Erhöhung der Kohlensteuer mit einem jährlichen Ueberschlag von 4 Milliarden Mark.
- * In den Reichsteil für 1919 sind weitere 3½ Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel eingeleitet worden.
- * Die Valutakommission bezieht in ihrem Bericht als einziges durchgreifendes Mittel zur Festigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse die Förderung der inländischen Produktion.
- * Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist vom Kabinett verabschiedet und veröffentlicht worden.
- * Gerüchte verlauten, daß sich das Kölner Domkapitel auf die Wahl des Fürstbischöflichen Verwalters von Breslau geeinigt habe.
- * Auf dem gestrigen Parteitag des bayerischen Centrums wurde der Austritt aus der Zentrumsfraction der Nationalversammlung beschlossen.
- * Wilson hat in einer Botschaft an den demokratischen Nationalkongress vorgeschlagen, Friedensvertrag und Völkerbund zur Souveränität bei den kommenden Präsidentenwahlen zu machen.
- * Auch die preussische Regierung nimmt in einem Murr von den aus Preußen scheidenden Staatsbürgern Abschied.
- * Die deutsche Regierung hat eine scharfe Protestnote gegen den durch die „Ordonnanz“ für die beletzten Rheinlande begangenen Bruch des Friedensvertrages nach Paris gerichtet.
- * Für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden ist durch Verordnung des Reichspräsidenten die Diktatur eingeführt worden. Als Militärbevollmächtigter ist General v. Watter ernannt worden.
- * Nach einer antizipierten Mitteilung ist die Officeblockade aufgehoben worden.
- * England, Italien und Frankreich haben bereits ihre Geschäftsträger für Berlin ernannt.
- * In alle neutralen und ehemals kriegsführenden Staaten, mit Ausnahme der Mittelmächte, sind Einladungen zum Beitritt zu dem Völkerbunde ergangen.
- * Clemenceau beabsichtigt eine Propagandareise für den Friedensvertrag und Völkerbund durch Amerika zu unternehmen.

Das Schlussprotokoll!

Der Frieden und die nächsten Folgen.

Durch die Unterzeichnung am 10. Januar in Paris ist nun endlich nach 14 monatigem Waffenstillstand der Frieden zustande gekommen. Ein Frieden, der für Deutschland von den schwersten, vorläufig in ihrer ganzen Tragweite noch gar nicht überschätzten Folgen ist. Das Schlussprotokoll, das den Friedenszustand herbeiführt, lautet:

Protokoll betreffend die Niederlegung der Ratifikationen über den Friedensvertrag, unterzeichnet am 28. Juni 1919 in Versailles zwischen den Vereinten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien und Japan (den alliierten und assoziierten Hauptmächten), Belgien, Bolivien, Brasilien, Cuba, Ecuador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, dem Serbo-Kroatisch-Slowenischen Staat, Siam, dem Tschecho-Slowakischen Staat und Uruguay, welche mit den übrigen Hauptmächten die Alliierten und Assoziierten Mächte bilden, einerseits und Deutschland andererseits, sowie über die folgenden Abkommen: das am gleichen Tage von eben denselben Mächten unterzeichnete Protokoll, das gleichzeitige Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, dem Britischen Reich, Frankreich und Deutschland über die Freigabe der rheinischen Gebiete.

In Ausführung der Schlussklauseln des am 28. Juni 1919 zu Versailles unterzeichneten Friedensvertrages sind die Unterzeichneten im Einklang mit den Auswärtigen Angelegenheiten in Paris zusammengetreten, um zum Vollzug der Ratifikationen zu schreiten und sie der Regierung der französischen Republik zu zustellen. Die Ratifikationsdokumente beziehungsweise die Ratifizierung ihrer Zustimmung durch die vier alliierten und assoziierten Hauptmächte, nämlich: Großbritannien für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Abkommen, Frankreich für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Abkommen, Italien für den Friedensvertrag und das Protokoll, Japan für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden), Brasilien für den Friedensvertrag und das Protokoll, Guatemala für den Friedensvertrag und das Protokoll, Panama für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden), Peru für den Friedensvertrag und das Protokoll, Polen für den Friedensvertrag und das Protokoll, Siam für den Friedensvertrag und das Protokoll, die Tschecho-Slowakische Republik für den Friedensvertrag und das Protokoll, Uruguay für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Abkommen. Sie sind vorgelegt und, nachdem sie nach einer Prüfung für richtig und in Ordnung befunden worden sind, der französischen Republik anvertraut worden, um in ihren Archiven aufbewahrt zu bleiben.

Das Protokoll schließt mit den Worten: „Gemäß den Bestimmungen der vorerwähnten Schlussklauseln wird die französische Regierung den vertragsschließenden Mächten von der Niederlegung der Ratifikation von demjenigen Staaten vollzogenen Ratifikationsinstrumente Kenntnis geben, die Unterzeichner des erwähnten Vertrages, Protokolls und Abkommens, aber nicht in der Lage gewesen sind, bis heute diese Formalität auszuführen. Des zum Zeichen haben die Unterzeichneten das vorliegende Protokoll aufgesetzt und ihm ihre Siegel angelegt. Geschehen zu Paris, den 10. Januar 1920, um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags (folgen die Unterschriften).“

Rückkehr der Gefangenen.

Die unmittelbare und freudigste Folge des Friedens ist die nunmehrige endgültige Rückkehr unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Gleich nach Unterzeichnung machte der französische General Cassanin den deutschen Delegierten Mitteilungen über die Einzelheiten des Heimkehrungsplanes, der zur Ausführung gelangt, sobald die deutsche Regierung dem Friedensvertrag gemäß das erforderliche Material geliefert hat. Die Heimkehrung erfolgt auf sechs verschiedenen Linien: über Düsseldorf, Eimburg, Mannheim, Offenbach, Basel und Konstanz. Andererseits sind die Heimkehrungen auf dem Seewege in Aussicht genommen, und zwar von Havre, St. Nazaire, La Rochelle, La Palice und Bordeaux.

Die Heimkehrung wird aus allen genannten Linien 24 Stunden nach der Ankunft des nötigen Materials beginnen, worüber den deutschen Delegierten Angaben gegeben. Die deutsche Delegation wird ihrerseits alle möglichen An-

ordnungen für eine möglichst rasche Abfahrt der Züge treffen. Man nimmt an, daß, sobald der Plan zur Durchführung gelangt, täglich sechs- oder siebenhundert deutsche Kriegsgefangene nach Deutschland zurückbefördert werden können. Leider ist jetzt eine Verzögerung in der Heimkehrung durch die Eisenbahnstrecke eingetreten, da die Wagen nicht herangeführt werden konnten.

Der erste Händedruck.

Gleich nach der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden brühten die sechsundzwanzig Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte Persner und Simson die Hand, zum Zeichen, daß der offizielle diplomatische Verkehr wieder aufgenommen sei. Der amerikanische Vorkämpfer nahm nur an der Unterzeichnung des Protokolls teil. Beim Austausch der Ratifikationsurkunden war er nicht anwesend. Herr v. Simson und ein Teil der Sachverständigen hat sich nach Berlin begeben. Freiherr v. Persner will ebenfalls abreisen, um dem Berliner Kabinett Vortrag zu halten, er wird in acht Tagen in Paris zurückkehren. Man nimmt an, daß die erste Sitzung des Völkerbundes am den 16. Januar stattfinden wird, ebenso die erste Sitzung der Wiedergutmachungskommission.

Das Schicksal Wilhelms II.

Der bekannte Pariser Politiker Bertinax schreibt, Holland werde ersucht werden, Wilhelm II. auszuliefern. Zur gleichen Zeit werde Deutschland aufgefordert werden, die schuldigen Offiziere und Beamten auszuliefern. Das könne den Alliierten nur Gefühlsbefriedigung bringen, es trage aber nichts zu ihrer Sicherheit bei. Es erwecke gefährliche Illusionen und führe die Alliierten schrittweise zu einem Konflikt mit Holland, wenn man sich nicht auf eine Aburteilung des Kaisers in contumaciam beschränke, deren Möglichkeit Clemenceau in Gemeinschaft mit dem Kabinett von London in Erwägung gezogen habe, und die nicht als besonders gute Lösung erscheine.

Besetzung Nordischleswigs.

Der französische Kreuzer „Marsailaise“ ist in Kopenhagen eingetroffen. Er wird die Mitglieder der internationalen Kommission mit sich bringen. An Bord befinden sich ferner 600 Mann französischer Besatzungstruppen. Außerdem werden noch 600 Alpenjäger auf der Eisenbahn durch Deutschland nach Nordischleswig befördert werden. Wie die hiesigen Blätter melden, wird die Besetzung Nordischleswigs am 26. Januar erfolgen. Aus Dänemark werden sich 21 000 Nordischleswiger nach Nordischleswig begeben, um an der Abstimmung teilzunehmen.

Die verlorenen Brüder!

Die preussische Staatsregierung wendet sich an die aus Preußen auscheidenden Staatsbürger in folgendem Aufruf:

„Der dem deutschen Volke aufgezwungene Frieden von Versailles trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit ferndeutscher Bevölkerung, die in jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an seinem ruhmvollen Aufstieg Anteil genommen haben, die es durch sorgfame Verwaltung unter Einsetzung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates auf eine hohe Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben. Das Band nationaler Zugehörigkeit wird nun gelöst, das Band der Zusammengehörigkeit der Geister und der Herzen kann keine Macht dieser Erde lösen. Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerstören. Wir geloben Euch Treue, haltet sie uns und pflanzt sie in die Herzen Eurer Kinder!“

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden sollte, ist Euch verlagert worden. Mit der Reichsregierung steht auch die Preussische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen muß. In diesem Sinne gilt auch für Euch das Wort: Immer daran denken, niemals davon reden!“

Lerener über die Ausführung des Vertrages.

Katastrophale Folgen der Auslieferung.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Herr v. Persner, hat den Vertretern von Havas, Reuters und „Associated Press“ ein Interview gewährt, in welchem er auf die Fragen der Pressevertreter u. a. folgendes ausführte:

Die Infraktion des Friedens legt Deutschland die schwersten Opfer auf. Trotzdem ist die Wiederherstellung des Friedens erfreulich, denn Deutschland bekommt damit seine heil ersehnten gefangenen Soldaten zurück. Herr Clemenceau hat mir erklären lassen, daß die Gefangenensfrage mit keiner andern Frage verknüpft werde, und daß die Heimkehrung noch heute beschlossen werden wird. Deutschland wird in der Ausführung seiner vertraglich übernommenen Verpflichtungen bis an die Grenze des Möglichen gehen. Das wirtschaftliche Gebieten Frankreichs ist zum großen Teil von der wirtschaftlichen Erstarkung Deutschlands abhängig.

Ein rücksichtsloses Durchführen der Auslieferungsforderung wird die schwersten Bedenken für die Ruhe und Ordnung Europas im Gefolge haben. Die deutsche Regierung hat bereits auf die katastrophalen Folgen hingewiesen und Anregungen gegeben zur Lösung dieser Frage.

Deutschland wollte sich verpflichten, alle von der Entente namhaft gemachten Beschuldigten in Deutschland vor dem obersten Gerichtshof unter Anklage zu stellen und Vertreter der Entente als öffentliche Ankläger mit weitgehenden Kontrollrechten zuzulassen. Der deutsche Vorschlag geht weit über das hinaus, was seinerzeit Serbien unter dem Beifall der gesamten Entente Österreich gegenüber ablehnte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß unsere früheren Gegner ein Interesse daran haben, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse durch diese Frage zu erschweren.

Alles bereit!

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Abtransport der deutschen Gefangenen aus Frankreich nunmehr sofort beginnen und mit möglichstster Beschleunigung durchgeführt wird. Die französische Regierung beabsichtigt täglich 6000 bis 7000 Kriegsgefangene herauszugeben. Besprechungen über die Durchführung des Abtransportes haben in Paris unter Einwirkung deutscher Transportfachverständiger bereits begonnen. Für die Rückführung der im französischen Hinterlande befindlichen Lager ist auch der Seeweg ins Auge gefaßt. Das Eisenbahnmateriale wird in jedem angeforderten Umfang von deutscher Seite gestellt. Die Wagen stehen bereit, und es ist längst Vorkehrung getroffen, daß das Eisenbahnmateriale zu jeder Zeit sofort nach Anforderung seitens der französischen Behörden abrollen kann.

Die Regierung gegen den Bahnstreik.

Ausnahmezustand in Westdeutschland.

Die durch den wachsenden Eisenbahnerausstand im Westen geschaffene bedrohliche Lage haben die Reichs- und Staatsbehörden zu verschiedenen Maßnahmen veranlaßt. Ein von der Reichs- und der preussischen Staatsregierung gemeinsam erlassener Aufruf wendet sich an die Eisenbahner und sagt u. a.:

Die Eisenbahnen stehen in vielen Teilen des Vaterlandes still; manche Städte sind ohne Lebensmittel, ganze Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Was wir in dem unglücklichen Wien schauernd miterleben, ein Massensterben der Säuglinge und Greise, kann auch bei uns ausbrechen, wenn kein Witz mehr in die Städte kommt. Und warum? Nicht weil die Eisenbahner nicht noch unter dem Zwang der Not einen wirtschaftlichen Kampf auszufochten haben. Der von ihnen verlangte Tarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Januar gelten; die Tarifverhandlungen sind im besten Gange und werden von beiden Parteien in voller Einmütigkeit geführt. In neun Direktionen sind die Stundenlöhne bereits um durchschnittlich 1 Mark erhöht; eine ähnliche Erhöhung steht für die übrigen Bezirke in Aussicht. Der Beamtenlohn ist eine Teuerungszulage von 150 % bereits zugeteilt. Das heißt eine Mehrbelastung von mehreren Milliarden, eine Verzehnfachung der Grundsätze für Pensionen und Güter. Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente außerhalb der Organisationen führen aber den politischen Kampf gegen das Volk auf Kosten des Volkes. Sie wollen das Volk zermürben durch Hunger, Kälte und Tod. Darf die endlich erreichte Seinsform unserer kriegsgefangenen Brüder, die seit Jahren abtransportiert werden, auch nur um eine Stunde verzögert werden, wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen solch trevelbastes Spiel gefallen lassen? Nein! Die preussische und die Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: Laßt Euch diese tödliche Bedrohung nicht bieten! Sieht zur Regierung, die hier gewissenlosen Erschütterung mit allen, auch den krassesten Maßnahmen entgegengetreten wird. Die preussische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahner auf, ihren Namen und im Interesse des gesamten Volkes dringend auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder weitere Streik wird die Hungerriemen der gezwungenen feiernden Arbeiter enger und beschwerlicher und innerlich tödlich. Herab!

Der Aufruf kündigt sodann die Verhängung des Ausnahmezustandes für den Westen und die

einstweilige Aufhebung der Verfassung

an. Auf Grund des § 48 der Verfassung steht der Reichspräsident die Artikel 114, 115, 117, 118, 123 und 153 der Verfassung für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden außer Kraft.

Es sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetz, Anordnung von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf einen Militärbefehlshaber übertragen kann. Der Reichswehrminister hat zum Militärbefehlshaber für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden General v. Watter ernannt. Als Regierungskommissar wird der Reichs- und Staatskommissar Severing fungieren. General Watter verfügt mit Zustimmung des Reichskabinetts:

Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zu stilllegen zu bringen, wird verboten. Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 bestraft. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Auf dem Bahnhof Hagenom-Lang hielt der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahner eine Versammlung ab, die zu der Frage der Teuerungszulagen Stellung nahm. In einer Entschließung wurde die sofortige Erhöhung der Teuerungszulage um 300 % gefordert.

Ausdehnung des Streiks in Schlesien.

Der obereschlesische Eisenbahnerstreik hat an Ausdehnung gewonnen, doch dürfte er von nicht allzulanger Dauer sein, da die Zentralleitung der Gewerkschaften die Unterstützung für den Streik in Oberschlesien abgelehnt hat und die Beamtenorganisation abgelehnt hat, sich am Streik zu beteiligen. Dagegen steht ein Sympathiestreik der Arbeiter und Angestellten der obereschlesischen Kleinbahnen in Aussicht. Die Bahnhöfe, auf denen gestreikt wird, sind zur Verhütung von Unruhen durch Reichswehr und Sicherheitspolizei besetzt worden.

Im niederschlesischen Bergrevier

sind die Bergleute mit Lohnforderungen hervorgetreten, die eine Verdoppelung der jetzigen Lohnsätze bedeuten. Sie verlangen, rückwirkend ab 1. Januar, eine Lohnerhöhung von 100 %, sowie eine Beschäftigungszulage von 1000 Mark und für jedes Kind von 200 Mark besonders. Auch die Erhöhung der Witwen- und Invalidenrenten wird gefordert. Die Forderungen sollen bis spätestens 15. oder 20. d. Mts. durchgesetzt sein.

Arbeitsaufnahme im Versicherungsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten hat sich entschlossen, auf Grund der beiderseitigen Erklärungen den Streik abzulassen.

Forderungen der streikenden Eisenbahner.

Ausdehnung des Ausstandes.

Zum Wochenanfang hatte der Eisenbahnerstreik im Westen noch an Ausdehnung gewonnen. Der Betrieb wurde an vielen Stellen nur noch notdürftig aufrecht erhalten. Eine von über 6000 streikenden Eisenbahnern beauftragte Versammlung am Freudenbaum in Dortmund sprach sich für die Fortsetzung des Streiks aus, bis sämtliche gestellten Forderungen erfüllt seien. Diese Forderungen wurden in folgenden 7 Punkten zusammengefaßt:

1. Bewilligung aller tariflichen Forderungen, 2. rückwirkende Kraft der Bezahlung vom 1. Oktober 1919, 3. der Streik gilt als Protest gegen die beabsichtigten Entlassungen, 4. Bezahlung der Streikschäden, 5. Nachzahlung der ungerechtfertigten Wirtschaftsbeteiligungen an alle Belegschaften, 6. die Arbeit wird nur wieder aufgenommen, wenn alle Streikenden wieder eingestellt werden, 7. Durchführung der Beamtenbeförderungsforderung.

Die Forderung der Gewerkschaftsvorstände, welche die Streikleitung in die Hand nehmen wollte, wurde von der Versammlung zurückgewiesen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss des Nationalparlamentes wird voraussichtlich im zweiten Drittel des Jahres wieder öffentliche Sitzungen abhalten. Über die Forderung des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich gegen den Straßenschilder des Untersuchungsausschusses wird vom Ausschuss mitgeteilt: Dr. Helfferich hat am 22. Dezember 1919 bei der Abhaltung des 92. des Ausschusses Berlin-Mitte den Antrag gestellt, die Aufstellung des Straßenschildes als unzulässig nicht ausführen bzw. für nichtig erklären. Die Abteilung 92 hat den Schriftsatz mit dem Handbescheid abgelehnt, die Aufstellung sei ausgeführt, sie lehne Maßnahmen der beantragten Art ab. Daraus hat er die Beschränkung im Dienstausweis erhoben. Der Ausschusspräsident hat abgelehnt, im Wege der Dienstaufsicht einzuschreiten und den Antragsteller unter Hinweis auf die §§ 1, 160 und 169 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes an das zuständige Obergericht verwiesen.

Renovierung des Seezeichenwesens. Die Betonung und Befeuerung der deutschen Küsten und Gewässer sowie das ganze sonstige Seezeichenwesen waren bis jetzt Angelegenheit der Küstenbezirksämter der Reichsmarine. Alle feststehenden Kreise waren gewohnt, diese für sie lebenswichtige Angelegenheit in zuverlässiger Obhut zu wissen. Die veränderten Verhältnisse haben dazu geführt, das gesamte Seezeichenwesen der Aufsicht der Küstenbezirksämter zu entziehen und es dem Reichsverkehrsministerium zu übertragen.

Amerika und die Reichsverfassung. Staatsminister a. D. Prof. Preuß. der Schöpfung der neuen Reichsverfassung sprach kürzlich vor den Mitgliedern des Berliner Handwerkervereins über das Verfassungswerk. In seinem Vortrag waren von Interesse Mitteilungen über die veränderte Gestaltung der neuen deutschen Reichsverfassung durch das amerikanische Hauptquartier. Als die ersten Einzelheiten über den neuen Verfassungsentwurf in die Öffentlichkeit gedrungen seien, habe das amerikanische Hauptquartier indirekt bei ihm anfragen lassen, warum die deutsche Reichsverfassung in einzelnen wesentlichen Punkten von der amerikanischen abweiche. Preuß. habe darauf dem amerikanischen Hauptquartier auf dem Vermittlungswege sagen lassen, daß er auf die amerikanischen Anregungen nicht eingehen könne, weil er die amerikanische Verfassung in den erwähnten Punkten für schlecht halte. Bereits neun Monate später haben die Ereignisse seiner Auffassung recht gegeben. Wilson befindet sich in einem offenen Gegensatz zu den amerikanischen gesetzgebenden Körperschaften, der natürlich eine Folge der ungleichen Wahlverfahren ist. In der Frage kommenden amerikanischen Körperschaften sei es sei doch bedenklich, daß das amerikanische Repräsentantenhaus kaum jemals einen bedeutenden Politiker erzeugt habe. Stets seien dort drüben die Mitglieder des Senats in den Vordergrund getreten. Das amerikanische Parteiensystem der Parteien, die nach jeder Wahl die Beamtenstellen neu verteilten, habe er nicht mitmachen wollen.

Versammlungsverbot in München. Der Münchener Polizeipräsident hat als Staatskommissar alle öffentlichen Versammlungen politischen Charakters verboten. Auch die bereits genehmigten Versammlungen dürfen nicht mehr stattfinden. Das Verbot ist mit Rücksicht darauf erfolgt, daß es in der letzten Zeit in den öffentlichen politischen Versammlungen sehr häufig Unruhen gegeben ist und die Gefahr besteht, daß Unruhen auf die Straße getragen werden könnten.

Aus In- und Ausland. Berlin. Der Reichspräsident hat gegen die Unabhängige Nationale Korrespondenz und gegen die Ostpreussische Zeitung Strafantrag wegen der im Zusammenhang mit dem Fall Skars gegen ihn erhobenen beleidigenden Angriffe gestellt.

Königsberg i. Pr. Der Oberpräsident von Ostpreußen August Böttner hat sein Mandat zur Nationalversammlung niedergelegt. Er war in Bonn zum Wahlmann gewählt.

Amsterdam. „Telegraaf“ meldet aus London, daß General Gouraud, der auf dem Wege nach Damaskus von französischen Freiwilligen gefangen genommen worden war, wieder freigelassen worden ist.

Paris. Im Departement Jura wurde im ersten Wahlgang der Minister des Innern Bichon, im Departement Rhone wurde im zweiten Wahlgang Poincaré mit 742 von 790 Stimmen gewählt.

Washington. Das amerikanische Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Nationalversammlung von Panama am 8. Januar einstimmig den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert hat.

Zu Geschäftsträgern in Berlin wurden ernannt: Seitens Englands Lord Almonroff; seitens Frankreichs Herr de Marcellin, früher Generalkonsul in Genoa; seitens Italiens Graf Albino di Marescotti. Die Beglaubigungsschreiben sind bereits in Berlin eingegangen. Die deutschen Vertreter in den drei Ländern sind noch nicht ernannt; doch ist ihre Ernennung in Kürze zu erwarten.

Königsberg i. Pr. Neumann v. Rosdow, welcher vereins in Königsberg über das Thema „Preussens ins Baltikum“ gesprochen hat und diesen Vortrag in Allenstein wiederholen wollte, wurde von seiner vorgesetzten Dienststelle verboten, den Vortrag zu halten.

Paris. Der Korrespondent des „Temps“ in Tokio meldet, daß außer Graf Okuma sich nunmehr auch Visconti Rato zur Verbeibaltung der im kommenden Jahr ablaufenden englisch-japanischen Allianz ausgesprochen habe.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Die Reichsregierung plant ein Gesetz über die Wiederverwendung der aus Kasse-Verbringungen und Bosen betriebenen deutschen Beamten.

Modan. Die Bolschewisten haben Nowosibirsk nach blutigem Kampf erobert. Auch in Transkaspien dauert der Kampf der Bolschewisten fort.

Schlusssätze.

Arbeitsnachrichten vom 11. Januar.

Die Stärke der Besatzungsstruppen. Berlin. Infolge der Nichtbeteiligung Amerikas wird die Stärke der Besatzungsstruppen folgende sein: In Schleswig 2 Bataillone anstatt 3, in Danzig 3 Bataillone anstatt 4, in Allenstein 2 anstatt 3 und in Oberschlesien 12 Bataillone anstatt 16. Nach ausdrücklicher Versicherung der Ententestaaten sollen diese Truppen weiter vermindert werden, wenn sich herausstellt, daß Ruhe und Ordnung gesichert bleiben.

Rekordbelastung der Reichsbank. Berlin. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Dezember 1919 hat diese gegenüber dem vorhergehenden Monatsabschluß im Dezember nicht weniger als für 175 Millionen Mark neues Papiergeld ausgeben. Das

ist eine noch nie dagewesene Rekordbelastung der Reichsbank.

Übertritte zu Denikin.

Berlin. Wie verlautet, scheint eine Reihe von Militärpersonen die bisher im Baltikum gekämpft haben, sich zur Armee Denikins durchschlagen zu wollen, wenn man von einer solchen noch sprechen kann. Von amtlicher Stelle wird darauf hingewiesen, daß nach § 141 des Strafgesetzbuches Anwerbungen für fremde Armeen unter Strafe gestellt werden.

Die Teuerungszulage der Beamten.

Berlin. Dem Vorschlag nach ist bei den Verhandlungen der Reichs- und preussischen Staatsregierung vorbehaltlich der Zustimmung der Parlamente beschlossene worden, die Teuerungszulagen der Beamten um 150 % zu erhöhen.

Das deutsche Tisli.

Tisli. Der Magistrat und die Stadtverordneten von Tisli veröffentlichten in der Tageszeitung folgende feierliche Erklärung: „Vorgerichtet auf gestreuten Gerichten gegenüber, daß die Tisli Bevölkerung eine Vereinigung mit Litauen wünsche, erklären wir als berufene Stadtvertreter einstimmig, daß wir den Gedanken einer Loslösung von Litauen und dem Deutschen Reich ablehnen. Die Stadt Tisli ist deutsch und soll es bleiben.“

Benzinexplosion im Zuge.

Reichenberg. Durch die Explosion von Benzin, das ein Reisender mit sich führte, wurden in der Nähe der Station Verbod in einem fahrenden Personenzug sämtliche Insassen des Wagens verletzt, darunter 57 schwer. Bisher sind acht Personen gestorben. Der Wagen verbrannte bis auf die Hülle.

Der friedfertige Lenin.

Enawo. Wie die römische „Epoca“ erzählt, hat Lenin einen zweiten Brief an die italienischen Sozialisten gerichtet mit der dringenden Bitte, im gegenwärtigen Augenblick die Revolution in Italien vermeiden zu wollen, weil diese der Befestigung der Sowjetrepublik in Russland schaden würde. Diese müsse sich dafür sorgen, die Anerkennung der Weltmacht zu erlangen, um sich ruhig entwickeln zu können, was aber nicht möglich wäre, wenn die Weltmacht durch neue revolutionäre Bewegungen erschüttert würde.

Der Ernst der Streitfrage.

Berlin. Das Reichskabinett und die preussischen Minister haben am Montag in einer vierstündigen gemeinsamen Sitzung die namentlich durch die Eisenbahnerstreiks geschaffene ernste Lage besprochen. Es ist außer Frage, daß außerhalb kommunalistischer und sozialistischer Elemente am Werke sind und besonders die Zentralkreisregierung in Elberfeld unter ihren Einfluß bekommen haben. Aber auch im übrigen Deutschland, in Berlin und im Osten nehmen die Eisenbahnerstreiks zu.

Störungen im Fernverkehr.

Berlin. Durch Witterungseinflüsse sind in Fernverkehrsleitungen Störungen aufgetreten, die den Fernverkehr nach dem Westen in Mitleidenschaft gezogen haben. Betroffen sind u. a. Frankfurt a. M., Köln, das Rheinland und Westfalen.

Die Schweiz und der Lösserbund.

Bern. Die Räte der schweizerischen Regierung an die Alliierten bezüglich der Lösserbundfrage wird vor allem den schweizerischen Standpunkt der Anerkennung der Neutralität innerhalb des Lösserbundes mit Bestimmtheit vertreten und den Obersten Rat ersuchen, die Neutralität durch den Präsidenten Poincaré und den Ministerpräsidenten Clemenceau dem Bundesrat Ador und durch den Obersten Rat im Namen Wilsons den beiden schweizerischen Delegierten Professor Hapert und Professor Huber mündlich abgegebene Versicherung der Anerkennung der Neutralität nunmehr auch klar und bindend festzulegen.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Bukarest.

Budapest. „As Et“ meldet aus Bukarest, daß in einer der letzten Sitzungen der rumänischen Kammer wüste deutschfeindliche Szenen stattfanden. Der Abgeordnete Brandisch, einer der Vertreter der siebenbürgischen Deutschen, begann seine Rede in deutscher Sprache. Kaum hatte er die ersten Sätze gesprochen, so erhob sich ein wilder Lärm, in dem nur die Worte „Dinas mit ihm!“ verständlich waren. Der Kammerpräsident Jorga unterbrach darauf Brandisch und erklärte ihm, daß in der Kammer Groß-Rumänisch nur Rumänisch gesprochen werden dürfe.

Wilson's Appell an die Wähler.

Washington. Präsident Wilson hat erklärt, daß er keinerlei Kompromiß in der Frage der Friedensratifikation zu machen werde. Die „New York World“ zieht daraus, daß Wilson seinen Entschluß ausführen werde, in der Frage des Friedensvertrages und des Lösserbundes an das amerikanische Volk zu appellieren. Damit ist die Parole für den kommenden Wahlkampf in den Vereinigten Staaten gegeben. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Deutschland formell mitgeteilt, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland maßgebend sind.

Locales und Provinzielles.

Wertblatt für den 15. Januar.

Sonnenaufgang 8⁵⁹ | Mondaufgang 12²¹
Sonnenuntergang 4⁵⁶ | Monduntergang 10⁵⁹

1916 Teinje wird von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt. — Montenegro bittet um Einstellung der Feindseligkeiten. — 1917 Wagnerfänger Albert Kierow gest.

Steuerfursatz zum Reichsnotopfer. Für die Veranlagung zum Reichsnotopfer ist nicht, wie vielfach angenommen wird, der Steuerfursatz zu den Kriegsabgaben gesehen maßgebend. Es wird vielmehr ein besonderer Steuerfursatz nach dem Stande vom 31. Dezember 1919 vorbereitet. Man wird damit rechnen können, daß die vorläufige Festsetzung der Kurse nicht vor Ende Februar erfolgen wird. Wie bei dem Steuerfursatz für die Kriegsabgabe wird auch dieser erst einen Monat später endgültig durch den Reichsrat festgelegt werden. Für die Wertermittlung werden nicht unbedingt die Börsenkurse vom 31. Dezember 1919 angenommen. Die Ermittlung erfolgt vielmehr nach dem inneren Wert unter Ausschaltung spekulativer Momente. Aus dem Gefagten ergibt sich bereits, daß mit Abgabe der Steuererklärung zum Reichsnotopfer voraussichtlich nicht vor April oder Mai d. J. gerechnet werden kann.

Gefängnis für Schleifhandelsfleischverbraucher. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine neue Verordnung über die Regelung des Fleischverkehrs und den Handel mit Schweinefleisch. Um den Schleifhandelsverkehr und die unerlaubten Schlachtungen zu unterbinden, enthält die Verordnung strenge Strafvorschriften. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird a. a. bestraft, wer Fleisch ohne Fleischkarte abgibt oder bezieht, ebenso, wer seine Fleischkarte an Dritte außerhalb seines Haushaltes überträgt, wer Fleisch ohne Fleischkarte an Hausbesitzer abgibt, wer Fleisch ohne Fleischkarte an andere als an staatlich bestimmte Fleischhändler abgibt, wer die vorgeschriebenen Vorschriften nicht befolgt, wer ohne Fleischkarte Fleisch abgibt oder bezieht.

Eine Versammlung der deutschen demokratischen Partei soll Anfangs nächsten Monats hier stattfinden. Wegen Gewinnung eines namhaften Redners sind seitens des hiesigen Ortsgruppen-Vorstandes bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet.

Falsche Banknoten. Seit kurzem sind Nachbildungen der tschechischen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 21. 4. 1910 ausgetauscht. Die Nachbildungen sind hauptsächlich daran zu erkennen, daß die Umschriften des Papiers sehr schlecht nachgeahmt. Das Papier ist unregelmäßig beschnitten. Die Nummern bestehen aus verschiedenen großen und kleinen Typen mit abweichendem Schriftcharakter und zwar sind die letzten drei Ziffern etwas kleiner als die anderen. Der Kreis in der Mitte der unteren Begrenzung ist unten rechts über dem zweiten „p“ in der Unterschrift „v. Blasenapp“ etwas abgeflacht.

Sport. Am letzten Sonntag spielten auf dem hiesigen Sportplatz die beiden ersten Mannschaften des F. C. G. Hohenzollern, Gohlitz und des Sportvereins Braudach. Trotz des schlechten Wetters waren die Zuschauer recht zahlreich erschienen. Braudach spielte zuerst mit dem Wind, kann aber vorerst keinen Erfolg erzielen. Die Stürmerreihe hatte heute schlechten Tag. Man vermisse sehr das schöne Zusammenspiel der Mannschaft. Erst in der 40. Minute kann der Mittelfeldspieler Braudach das einzige Tor für seine Farben erzielen. Nach Seitenwechsel beginnt Gohlitz mächtig zu drängen. Aber die Verteidigung Braudachs vereitelt jeden Erfolg. Immer scharfer wird der Kampf vor Braudachs Tor, schwer muß Braudachs Torwart arbeiten. Endlich findet sich Braudachs Sturm besser zusammen. Schöne Angriffe bringen das gegnerische Tor öfters in Gefahr. Immer rettet der Gohlitzer Torwart im letzten Augenblick. Bei einem Gedränge vor Braudachs Tor kann Gohlitz den Ausgleich erzwingen. Mit dem Resultat 1 : 1 endet das Spiel, Halbzeit 1 : 0 für Braudach. Dank der Aufopferung der Spielerreihe, der Verteidigung und des Torwarts wurde eine Niederlage Braudachs verhindert. — Am Sonntag, den 18. Jan. spielt die 1. Mannschaft des Sportvereins nach Gohlitz-Mojewitz, während die 2. Mannschaft auf hiesigem Platz gegen die 2. Mannschaft des F. C. G. Hohenzollern spielt. — Der für Sonntag geplante Geländelauf ist infolge des Hochwassers auf einen späteren Zeitpunkt verlegt.

Wetterbericht.

Wind, Regenfälle.

Regenhöhe am 18. Jan 80,4 Millim.

Eingelandt.

Es besteht an der hiesigen Volksschule die Einrichtung, daß die Schulkinder nach Beendigung des Unterrichts vor der Schule auf der Straße stehen und dort so lange warten müssen, bis der Vater das Kind abholt, daß die Kinder nach Hause gehen dürfen.

Die Vorzüge dieser Einrichtung sind mir nicht bekannt; dagegen halte ich es für geradezu verantwortungsvoll, wenn man die Kinder bei jedem Regen auf der Straße stehen läßt, wie das z. B. gestern bei der Klasse des Herrn Lehrer Wi. der Fall war; die Kinder waren schon beim Weggehen von der Schule bis auf die Haut durch und durch nass.

Könnte man die Kinder bei jedem Pundewetter nicht gleich von der Klasse aus nach Hause entlassen? Meines Erachtens gehört dazu für einen Lehrer nicht sehr viel Ueberlegung.

Man hat ohnehin schon seine liebe Not, bei dem heutigen Mangel an Nahrung und Bekleidung, die Kinder gesund zu erhalten, ohne das deren Gesundheit noch durch die Ungleichheit eines Lehrers gefährdet wird.

Siehe für Viele.

Heinrich

Delikatess-Sauerkraut

eingetroffen bei

Jean Engel.

Durch die fortgesetzte Steigerung der Preise für den Lebensunterhalt usw. sieht sich die Kreis-Frisierung gezwungen, auch ihrerseits die Preise erhöhen zu müssen.

Mindest-Preise:

Für Herren:

Für Damen:

	RM.		RM.
Haarschneiden	1.—	Ropfwaschen m. Frisieren	3.—
Rasieren	0.50	Frisieren	1.50
Ropfwaschen	0.80 u. höher	Frisieren m. Ondulation	2.—
Frisieren	0.60	Ropfwaschen u. Frisieren mit Ondulation	3.50
Haarbrennen	1—1.50	Haarstylen	0.50
Schnurbarb.		Kinderopfwaschen	2.—
Schneiden	0.15—0.20	Tägliches Frisieren außer dem Hause im Abonnement	monatlich 15.—
Schnurbarbbrennen	0.30	Anfertigung eines Kopfes von ausgelämmten Haaren	12—15.—
Spitzbarbschneiden	0.60	Ausfärben eines Kopfes	3—5.—
Vollbarbschneiden	0.75		

Obige Preise treten mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Oberlohnstein, den 18. Januar 1920.

Die Friseur-Zwangsunterstützung für den Kreis St. Voarshausen.

Kriegsanleihe-Schulzeichnungen.
Durch den Masseneingang der einzulösenden Anteil-
scheine war die Einlösung bis jetzt noch nicht möglich. Alle
Einlieferer derartiger Scheine seien darauf hingewiesen, daß
die Annahme der Beiträge noch einen Monat dauern kann.
Die Versicherungs-Quittungen
der Lebens- und Kriegsanleihe-Versicherungen, die am
1. Januar fällig waren, sind eingegangen und liegen zur
Einlösung bereit.
S. St. der Nass. Landesbank.
L e m b.

Buttermaschinen

aus Ia Eichenholz
in verschiedenen Größen eingetroffen.
G. Phil. Clos
Inb.: K. S. n. n.

Festhalle Frankfurt a. M.

Oberammerg. Passionsspiele

unter persönlicher Leitung und Mitwirkung der berühmten
Christus- und Judas-Darsteller Gebr. Fohr aus Bayern.
800 Mitwirkende.

Spieltage: vom 24. Januar bis 1. Februar 1920
jeden Abend 7 Uhr. Außerdem am 25., 28. u.
31. Januar und 1. Februar auch nachmittags 2
Uhr und abends 7 Uhr.

Vorverkauf der Karten: Musikalienhandlung Ap. St. Katha-
rinenpforte 1, Telefon Donja 8046 sowie eine Stunde vor
Beginn in der Festhallenkasse.

Nach Schluß der Nachmittagsvorstellungen Aufschluß der Bälle
nach allen Richtungen.

Geschäftsstelle der Passionsspiele: Festhalle Frankfurt a. M.
Eine Sendung

frischgebr. Kaffee

eingetroffen. Chr. Wieghardt.

Taschenlampen

Batterien, Glühlampen
und Hülsen

wieder frisch eingetroffen

Julius Rüping.

Anmeldescheine

wie sie für Gastwirte usw., die Fremde beherbergen, neuer-
dings vorgeschrieben, sind zu haben in der

Buchdruckerei Lemb.

Herren-Jacken und Westen

alle Größen bei

in schwarz und grau

Geschw. Schumacher.

Neu eingegangen:

Briefkassetten

von den einfachsten bis zu den elegantesten
Ausführung.

Karten mit Kuverts.

Alle sonstigen

Arten von

Schreibwaren

in der

Papierhandlung Lemb.

Bettstelle

zu verkaufen.
Näheres in der Geschäfts-
stelle d. St.

Piasavabesen

offeriert
Chr. Wieghardt.

**Pergament-
Papier**

in Rollen eingetroffen.
Papiergeschäft Lemb.

Unterzeuge

für Herren und Kinder
empfehlen
Geschw. Schumacher.

Siegellack,

Packpapier

und

Packkordel

(kein Papier)
neu eingetroffen

Buchhandlung Lemb.

Seidene Blusen

in großer Auswahl bei mäßigen
Preisen empfiehlt
Rud. Neuhans.

Notizbücher

in allen Ausführungen
empfehlen

Buchhandlung

**Knaben-
Mützen**

— in blauem Wollstoff —
per Stück 8 Mark
bietet an Rud. Neuhans.

TINTE

Buchhandlung Lemb.

Guter

Leinölkitt

empfehlen

Gebr. Metz,

Glasermeister.

Wollene Strümpfe

(sehr preiswürdig)
in allen Größen für Kinder,
Frauenstrümpfe und
Männer-Socken

in großer Auswahl zu außer-
gewöhnlich billigen Preisen.

Geschw. Schumacher

Dr. Decker

Zafelsalz

wieder vorrätig
Emil Eschenbrenner,
Frieda

Briefpapier

— neue Sendung —
in Mappen und
Kassetten

empfehlen preiswert
Buchhandlung Lemb.

Echte Maggi-

Boullionwürfel
Friedensqualität

bieten an
Emil Eschenbrenner,
Frieda Eschenbrenner.



Vogelfutter

wieder eingetroffen.
Rud. Neuhans.

Wärmflaschen

„Sänewittchen“
mit Patentverschluss
per Stück 3 Mk.

zu haben bei
Chr. Wieghardt.

Feinstes

gebr. Kaffee

empfehlen
Jean Engel.

**Weinöl-
Lirnis**

extra hell, gut trocknend,
empfehlen
G. Phil. Clos,
Inhaber C. Gemmer.

**Grapp- und
Weidenpapier**

in allen Farben
eingetroffen.

Unter tailen

in großer Auswahl, gute Stoffe
und Verarbeitung
bietet an
Rud. Neuhans.

Glasöffner

„Blitz“

schont Gummi und
Gläser vor Bruch.

G. Phil. Clos
Inhaber C. Gemmer.

Gummi-Hosenträger

für Herren und Knaben
bietet an
Rud. Neuhans.

**Gegen Husten
und Heiserkeit**

empfehlen:
Fenchelhonig,
Emser Hustenstiller,
Wiesbadener
Salmiakpastillen.

Jean Engel.

flüssiger Leim

neu eingetroffen
A. Lemb.

**Wand-u. Schoss-
Kaffeemühlen**

empfehlen
Julius Rüping.

**Rechnungen,
Quittungen,
Wechsel,
Geldkcouverts**

usw.
wieder neu eingetroffen
Papiergeschäft Lemb.

**Gemahlene
Kreide — Gips**

wieder eingetroffen
Chr. Wieghardt.

Waffeleisen

und
Kaffeebrenner

in verschiedenen Größen

Eisenhandlung Clos

Inhaber Karl Gemmer.

**Aufnehmer, Haarbesen,
sowie sämtliche**

Bürstenwaren

empfehlen
Jean Engel.

Zinkwaren

Eimer, Waschtöpfe, Wannen
Zauchetrichter, Zaucheschöpfer, Zauchepumpen
und Zaucheverteiler,
Waschbretter mit Zinkeinlage
verschiedenen Größen neu angekommen.

G. Phil. Clos

Inb.: Karl Gemmer.

Eine Sendung

Koch- und Heizöfen

eingetroffen bei

Chr. Wieghardt.

Frische

Rund- und Vierkant-Öfen

empfehlen

Julius Rüping.

Holzwaschmaschinen

eingetroffen bei

Chr. Wieghardt.

Es sind wieder eingetroffen in graner
und brauner Emaille:

Wassereimer, Kochtöpfe, Salatschüssel, Milchtöpfe,
Milchträger, Eßenträger, ein- und zweiteilig,
ovale Waschbänke, Milchsiebe, Kaffeekannen und
Nachtöpfe

alles in großer Auswahl und in verschiedenen Größen bei
Julius Rüping, Eisenwarenhandlung.

Zigarren, Zigaretten

Rauch- und Kantabak

empfehlen
Sch. Metz, Brunnenstraße 9.

Bürstenwaren

wieder in großer Auswahl vorrätig.

Eisenhandlung Clos

Inhaber Karl Gemmer.

Die kluge Hausfrau

kauft nur

Kieffer-

Einkoch-Apparate und

Konserven-Gläser.

Kleinderkauf für Braubach und Umgegend:

Julius Rüping.

Abreiss- und Taschen-

Kalender für 1920

sowie lose Kalenderblocks

empfehlen

Buchhandlung A. Lemb.